

JOSEF GELMI

Kirchliches Zeitgeschehen

1. Rundblick

Weltweite Sorge um den *Papst* kam auf, als am 15. Juli 1992 bekanntgegeben wurde, daß Johannes Paul II. wegen eines Geschwürs am Dickdarm operiert werden müsse. In der römischen Gemelli-Klinik wurde dem Papst eine voluminöse Geschwulst entfernt. Der ärztliche Leiter der Klinik, Luigi Candia, erklärte am 16. Juli, Johannes Paul II. habe den Eingriff gut überstanden. Candia sprach von einem „radikalen und heilenden Eingriff“. Im August erholte sich der Papst in dem kleinen Ferienort Lorenzago di Cadore bei Belluno von seiner schweren Operation. Viel von sich hören machte im letzten Halbjahr die *Glaubenskongregation*. So erschien im Juni 1992 eine Instruktion, die besagt, daß katholische Autoren für Schriften zu Glaube und Sitte die Approbation des Bischofs einholen müßten. Katholische Verlage dürften ohne entsprechende Erlaubnis keine diesbezüglichen Schriften veröffentlichen. Kurz nach diesem Schreiben erschien eine weitere Verlautbarung, die vor „Selbstgenügsamkeit“ der Teilkirchen warnte. In diesem Dokument wird vor allem die Bedeutung des Petrusamtes für das katholische Kirchenverständnis unterstrichen. Im August 1992 hat die Kongregation ein Schreiben an die amerikanischen Bischöfe publiziert, in dem diese aufgefordert werden, sich gegen eine völlige Gleichstellung von Homosexuellen in der Gesellschaft einzusetzen.

Aufsehen erregte im Juni 1992 die Verurteilung gewisser Lehren und Praktiken des umstrittenen Engelwerkes, dessen Zentrale sich im Kloster St. Petersburg bei Silz in Tirol befindet. Der Superior der Ge-

meinschaft, P. Hansjörg Bitterlich, machte jedoch im Oktober 1992 der Glaubenskongregation schwere Vorwürfe und behauptete, es werde ein Zeitpunkt kommen, „da die Kirche nach dem Engelwerk rufen wird“.

Am 16. November 1992 wurde in Paris der neue offizielle *Katechismus der katholischen Kirche* vorgestellt. Der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, Joseph Duval, präsentierte das fast 700 Seiten umfassende Werk in seiner französischen Urfassung. An der Abfassung arbeiteten seit sechs Jahren 3000 Bischöfe mit. Neben der Glaubenslehre werden in 2865 Paragraphen die moralischen Normen für den einzelnen Christen, die Familien, die Gesellschaft sowie die Staaten festgelegt. Im Vatikan wurde der Katechismus offiziell am 7. Dezember dem Papst vorgelegt.

Italien durchlebte im letzten Halbjahr eine der schwierigsten Perioden seit der Nachkriegszeit. Das Land wird von schweren wirtschaftlichen, politischen und moralischen Krisen geschüttelt. Die *Democrazia Cristiana* ähnelt zum Teil eher einer Verbrecherbande als einer christlichen Partei. Ihre Vertreter sind en masse in Skandale verwickelt. Nun macht die Kirche gegen Mafia, Korruption und Mißwirtschaft mobil. Der Mailänder Kardinal Carlo Maria Martini trat im September 1992 mit einem 120seitigen Hirtenbrief an die Öffentlichkeit. Seine Bischofsstadt, die bisher als „moralische Hauptstadt Italiens“ galt, wird allseits „Tangentopoli“ („Hochburg der Schmiergelder“) genannt. Der Kardinal warnt allerdings vor Rache und Selbstgerechtigkeit. Auch Johannes Paul II. hat das System der Bestechung scharf verurteilt. „Ohne Moral kann die Demokratie

nicht überleben“, sagte der Papst bei einem Besuch in der Lombardei.

In *Südtirol* begrüßte Bischof Wilhelm Egger von Bozen-Brixen am 22. Juni 1992 die Streitbeilegung zwischen Österreich und Italien über die Südtirolfrage. Der Oberhirte sprach von einer „brauchbaren Grundlage für das Zusammenleben, besonders dadurch, daß sie einvernehmlich und mit friedlichen Mitteln erzielt wurde.“ Die Kirche habe sich seit vielen Jahren dafür eingesetzt, daß Rechte und kulturelle Eigenheiten der verschiedenen Volksgruppen respektiert werden, sagte der Bischof und erinnerte dabei auch an das Wirken seines Vorgängers Joseph Gargitter.

In *Österreich* erhitze das Thema „Zölibat“ die Gemüter. Es begann mit einer Äußerung des Wiener Weihbischofs Helmut Krätzl, der sich im August 1992 in einem Interview für ein „Überdenken“ des Zölibatgesetzes angesichts des derzeitigen Priestermangels aussprach. Der frühere Bischof von St. Pölten, Franz Zak, sagte in diesem Zusammenhang im September: „Man darf die Augen vor den großen Problemen nicht verschließen“ und trat für die Zulassung von „viri probati“ ein. Dagegen ließ der St. Pöltener Diözesanbischof Kurt Krenn zum Krätzl-Vorstoß verlauten, daß das Interview eine „sehr unglückliche Äußerung (sei), die zur Unzeit kommt“. Viel Beachtung in den Medien fand die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den aus Österreich stammenden Diözesanbischof von Xingu in Brasilien, Erwin Kräutler, von seiten der Universität Innsbruck.

In *Deutschland* fand vom 17. bis 21. Juli 1992 in Karlsruhe unter dem Motto „Eine neue Stadt entsteht – Europa bauen in der Welt“ der 91. Deutsche Katholikentag statt, bei dem es rund 1400 verschiedene Veranstaltungen gab. Radikale Kritik an der großen Versammlung übte der Fuldaer Bischof Johannes Dyba. Wörtlich

schrrieb er im „Bonifatiusboten“: „Wo tausende Meinungen als gleichberechtigt präsentiert werden, wo so ziemlich alles, was der Lehre und Tradition der Kirche widerspricht, Beifall findet, wo selbst der letzte Hauch von Schwachsinn im Programm Berücksichtigung findet, da baut man eher an Babel als am himmlischen Jerusalem“. Scharfe Kritik übte Dyba auch an der deutschen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) wegen ihrer Haltung zur gesetzlichen Neuregelung der Abtreibung. Was Frau Süßmuth betreibt, sei „einfach Abfall vom Glauben“, schrieb der Erzbischof.

Der Konflikt im schweizerischen Bistum *Chur* spitzt sich immer mehr zu. Im November 1992 haben 14 der 16 Dechanten der Diözese an den Heiligen Stuhl appelliert, die personellen Probleme zu lösen. Die Seelsorger der Urschweiz haben gefordert, Bischof Haas müsse sein Amt niederlegen. In Lugano hat die Kongregation für das Katholische Bildungswesen mit Dekret vom 8. Mai 1992 eine Theologische Fakultät errichtet, und das Bistum hat sein Priesterseminar von Freiburg nach Lugano zurückverlegt.

An der *Weltausstellung* im spanischen Sevilla hat auch der Heilige Stuhl teilgenommen, womit der Vatikan auf das katholische Glaubenszeugnis Spaniens hinweisen wollte, das bei der Evangelisierung Amerikas vor 500 Jahren eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Zufrieden wirkte Prinzessin Caroline von Monaco, als die Sacra Romana Rota am 1. Juli 1992 ihre erste Ehe mit Philippe Junot für ungültig erklärte. Das Annullierungsverfahren, um das 1982 angesucht worden war, dauerte deshalb so lange, weil der oberste vatikanische Gerichtshof den Eindruck vermeiden wollte, daß Caroline in irgendeiner Weise bevorzugt würde.

Das katholische *Frankreich* feierte am 5. August 1992 den 80. Geburtstag des Armenpriesters und „Apostels der Obdach-

losen“ Abbé Pierre. Der französische Priester gilt über die Grenzen seiner Heimat hinaus als Symbolfigur für den Kampf gegen die Armut in den Metropolen Europas.

In einer vielbeachteten Entscheidung im November 1992 hat sich die Anglikanische Kirche von England dafür ausgesprochen, in Zukunft auch Frauen zum Priestertum zuzulassen. Der Vatikan hat diese Entscheidung als ein „schweres Hindernis“ für den Prozeß der Wiederversöhnung mit der katholischen Kirche“ bezeichnet. Der Papst hat wiederholt klargestellt, daß dieses Problem für die katholische Kirche die „Natur des Weisakraments“ berühre.

Im *ehemaligen Jugoslawien* geht das Massenmorden unerbittlich weiter. Die Tatsache, daß die Serben dem orthodoxen, die Kroaten dem katholischen und die Bosnier vielfach dem islamischen Glauben angehören, trägt bei, daß auch die Religionen in diesem grausamen Krieg eine Rolle spielen. Papst Johannes Paul II. hat die kroatischen Bischöfe bei ihrem ersten adlimina-Besuch im November 1992 aufgefordert, für die Rechte der ethnischen Gruppen einzutreten und vor allem die Kontakte zu den orthodoxen Kirchen zu verbessern.

Tschechien und die *Slowakei* haben sich im November friedlich getrennt und bilden nun zwei unabhängige Staaten. Am 4. August 1992 ist der frühere Prager Erzbischof Kardinal František Tomašek im Alter von 93 Jahren gestorben. Tomašek war die Symbolfigur des Widerstandes der Kirche gegen das frühere kommunistische Regime in der Tschechoslowakei. Johannes Paul II. bezeichnete ihn als „unerschrockenen Hirten . . ., als furchtlosen Zeugen des Evangeliums und als unermüdlichen Verteidiger des christlichen Glaubens“.

In *Ungarn* forderten die Bischöfe vor der parlamentarischen Beratung über ein neues Abtreibungsgesetz im August 1992

den Schutz der Leibesfrucht. Das Land besaß bisher eine der „liberalsten“ Regelungen des Schwangerschaftsabbruches. Ähnliches gilt auch für *Polen*, wo während des ganzen Jahres eine aggressive Debatte über die Gesetzgebung geführt wurde.

In den *USA* dürften die Katholiken, die ein Viertel der Wähler ausmachen, bei den Präsidentschaftswahlen ihre Stimme vor allem Bill Clinton gegeben haben. Bei den Katholiken kam vor allem die Botschaft von einem harmonischen Zusammenleben aller Rassen an sowie sein Versprechen, für eine Reform der Sozialpolitik einzutreten. Ebenso schätzten sie Clintons Mahnung, die Hilfe des Wohlfahrtsstaates mit Eigenleistung zu kombinieren.

Den *Besuch des Papstes in Santo Domingo* vom 9. bis 14. Oktober 1992 haben vor allem zwei Themen bestimmt: Das 500-Jahr-Gedenken der sogenannten Entdeckung Amerikas und die brennenden Gegenwartsprobleme der lateinamerikanischen Kirche. Die Hauptereignisse der Papstreise waren der Festgottesdienst zum 500-Jahr-Jubiläum beim Kolumbus-Leuchtturm und die Eröffnung der IV. Lateinamerikanischen Bischofsversammlung. In der ganzen Dominikanischen Republik fanden am 12. Oktober 1992, dem 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas, Protestaktionen und Streiks wegen der Regierungsfeierlichkeiten statt. Zahlreiche Gruppen wandten sich gegen einen Festtag, „der Völkern und Kulturen den Tod brachte, Millionen Menschen ins Elend stürzte“, so ein Flugblatt von Landarbeitern und Studenten in Santo Domingo. Der Papst betonte bei der Eröffnung der IV. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz, die vom 12. bis 28. Oktober stattfand, die „entschiedene und unwiderrufliche Option der Kirche für die Armen“. Er rief die Kirche zu einer „Neuevangelisierung des Kontinents“ auf. In einer einleitenden Grundsatzrede für die Konferenz verurteilte der Papst in schar-

fer Form die Abtreibung als Form der „Kultur des Todes“ und forderte vom Klerus die Treue zum kirchlichen Lehramt und zum Zölibat.

In *Afrika*, dem Kontinent, der von schlimmen Dürrekatastrophen und furchtbaren Kriegen heimgesucht wird, werden immer wieder Missionare und Ordensfrauen auf brutale Weise ermordet. So geriet der 38jährige italienische Missionar Alfredo Fiorini im August 1992 in Mosambik in einen Hinterhalt und wurde erschossen. In Monrovia, der Hauptstadt von Liberia, wurden im Oktober 1992 fünf Ordensfrauen barbarisch ermordet. Im Sudan sind Menschenrechtsverletzungen, Sklaverei und gewaltsame Islamisierung an der Tagesordnung. Im Süden Ägyptens haben Moslembrüder im Juni 1992 Häuser und Läden von koptischen Christen in Brand gesetzt. In Sanabo haben bewaffnete Moslems eine Klinik gestürmt und zwei Ärzte umgebracht, die zur Glaubensgemeinschaft der Kopten gehörten.

Auch in *Saudi-Arabien* werden Christen verfolgt. So dürfen keine Kirchen gebaut werden. Der saudische Informationsminister sagte im September 1992 der Tageszeitung „Le Figaro“, es tue der saudischen Regierung leid, keine christlichen Kirchen auf ihrem Territorium dulden zu können, aber es handle sich um einen „Befehl Gottes“.

Eine brutale Verfolgung von Katholiken fand auch in *Burma* statt, wie der Bischof von Loikaw im Juni 1992 berichtete. In seiner Diözese seien weit über 8000 Menschen verhaftet und in Lager gebracht worden. Es gibt in Burma rund 300.000 Katholiken. Insgesamt machen die Christen ca. zwei Prozent der Bevölkerung aus.

In *China* unterstrich im Oktober 1992 der Präsident der staatlich erlaubten Chinesischen Bischofskonferenz, Bischof Joseph Zong Huaide, die „Gemeinschaft des Glaubens mit dem Papst und allen ande-

ren Bischofskonferenzen der Welt.“ Über eventuelle Verhandlungen zwischen dem Vatikan und den regimenahen Katholiken konnte der Vorsitzende keine Angaben machen.

2. Der „Fall Galilei“

Großes Aufsehen machte die Ansprache von Johannes Paul II. an die Päpstliche Akademie der Wissenschaften am 31. Oktober 1992. In seiner abschließenden Rede zum „Fall Galilei“ erklärte der Papst: „Das schmerzliche Mißverständnis zwischen Wissenschaft und Glaube gehört der Vergangenheit an“. Der Papst stellte fest, daß der große Mathematiker aufgrund seiner „genialen Vorstellungskraft erkannt habe, daß nur die Sonne als Zentrum unseres Planetensystems in Frage kommt“. Die Theologen hätten hingegen geirrt durch das Festhalten an der Vorstellung, „unsere Kenntnis der Strukturen der physischen Welt wäre in gewisser Weise vom Wortsinne der heiligen Schrift gefordert“. Die Theologen von heute ermahnte Johannes Paul II. zur Weltoffenheit und Weiterbildung. „Es ist eine Pflicht, sich regelmäßig über neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu informieren und zu prüfen, ob sie eine Revision der bisherigen Lehre notwendig machen“.

Da Galilei die im 17. Jahrhundert von den Theologen allgemein abgelehnte Lehre des Domherren Nikolaus Kopernikus († 1543) von der Bewegung der Erde um die Sonne in seinem 1610 veröffentlichten Werk „*Sidereus nuncius*“ öffentlich vortrug, kam es unter Papst Paul V. (1605–1621) 1616 zu einem ersten Inquisitionsprozeß. Der Gelehrte verteidigte sich mit der Feststellung, daß es sich nur um einen Irrtum in der Auslegung der Heiligen Schrift handle. Aber für dieses Argument, das noch dazu von einem Laien kam, hatten die Glaubenshüter kein Ohr. Galileis Behauptungen wurden für

„töricht und ungereimt in der Philosophie und für formell häretisch, weil schriftwidrig, in der Theologie“ erklärt und das Werk des Kopernikus „De revolutionibus orbium coelestium“ von 1545 auf den Index gesetzt. Galilei versprach, die kopernikanische Lehre nicht mehr vorzutragen oder zu verteidigen. Bei diesem Verfahren hatte Kardinal Bellarmine eine wichtige Rolle gespielt.

Da der neue Papst Urban VIII. (1623–1644) Galilei sehr zugetan war und sich mit ihm oft stundenlang unterhielt, glaubte er, an die Veröffentlichung eines neuen Buches schreiten zu können. Als er in seinem Werk „Dialogo sopra i due massimi sistemi“ 1632 wieder die verurteilte Lehre vertrat, mußte er 1633 erneut vor dem Heiligen Offizium in Rom erscheinen. Unter Androhung der Folter wurde der Physiker zum Widerruf gezwungen. Galilei wurde nun zu lebenslangem Kerker verurteilt. Die Kerkerstrafe wurde aber in eine milde Haft auf seinem Landsitz Arcetri bei Florenz umgewandelt. Im Jahre 1638 konnte der Gelehrte in seiner Villa die „Discorsi“ veröffentlichen, auf deren Grundlage der englische Physiker Isaac Newton († 1727) dann auch den exakten Beweis für die kopernikanische Lehre erbringen konnte. Ludwig von Pastor, der in seiner Papstgeschichte dem Fall Galilei eine ausführliche Darstellung widmete, sprach von einem traurigen Ereignis und meinte: „Für die Theologen war der Irrtum von 1616 und 1632 auf Jahrhunderte hinaus eine beständige Warnung, die auch beherzigt wurde. Ein zweiter Fall Galilei ist nicht mehr vorgekommen“.

Den ersten Anstoß zu einem neuen Aufrollen des Falles Galilei durch die Kirche gab der Wiener Kardinal Franz König 1968 in einer Rede vor Nobelpreisträgern in Lindau. Johannes Paul II. leitete 1979 eine Überprüfung des Falles ein. Zwei Jahre später nahm eine Studienkommission die Arbeit auf, die schließlich im 350.

Todesjahr des Physikers ihre Forschungsergebnisse vorlegte.

3. Flüchtlingselend und Ausländerhaß

Ein Problem, das die ganze Welt betrifft – und besonders Europa –, ist das Elend vieler Flüchtlinge und der zunehmende Fremdenhaß. Die Kirche hat sich in vorbildlicher Weise für eine Lösung dieser Probleme eingesetzt. In scharfen Worten verurteilte Johannes Paul II. im November 1992 alle Äußerungen des Fremdenhasses und des Rassismus. Bei einer Generalaudienz bekräftigte er, daß „Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, nationalistische Ausschreitungen und jede Form von Rassismus eine Sünde gegen Gott und den Menschen sind“.

Am 2. Oktober 1992 hat der Vatikan ein Dokument veröffentlicht, in dem er angesichts wachsender Flüchtlings- und Asylantenzahlen vor nationalem Egoismus und restriktiven Maßnahmen warnte. In dem Schreiben forderte er eine stärkere internationale Solidarität und plädierte insbesondere für eine großzügigere Fassung der UNO-Direktiven über Flüchtlinge und Asylsuchende. Der Heilige Stuhl bedauerte, daß etliche Staaten die internationalen Verpflichtungen „recht willkürlich“ einlösten, daß die für die Lösung des Flüchtlingsproblems bereitgestellten Mittel mitunter reduziert und die politischen Hilfsstrukturen abgebaut würden.

Die Teilnehmer der Europäischen Bischofskonferenzen, die sich im Oktober bei Straßburg trafen, machten sich die Empfehlung der Delegation der katholischen Bischöfe Kroatiens und Bosniens sowie der serbisch-orthodoxen Kirche zu eigen und sprachen sich für einen sofortigen und umfassenden Frieden im ehemaligen Jugoslawien aus. Vor allem verurteilten die Bischöfe Europas „ethnische Säuberungen“. Sie forderten, sofort und bedingungslos alle Feindseligkeiten einzustellen.

len, alle Kriegsgefangenen zu befreien und allen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen.

In Italien bekundete die Italienische Bischofskonferenz anfangs November 1992 der jüdischen Bevölkerung in Rom ihre Solidarität und verurteilte die antisemitischen Ausschreitungen. In einem Telegramm an den römischen Ober-Rabbiner Elio Toaff betonte sie: „Das Gefühl der Bitterkeit und der Empörung angesichts derartiger Vorgänge verpflichtet uns zu mehr Respekt gegenüber allen Menschen und zur Verteidigung der Werte der Zivilisation, der Demokratie und der Brüderlichkeit“.

Mit mahnenden Worten hat sich am 2. Oktober 1992 der Pressesprecher der Österreichischen Bischofskonferenz, Johann Weber, zur Ausländerfrage zu Wort gemeldet. Weber appellierte an alle Entscheidungsträger in Österreich, „nicht die Nerven zu verlieren“. Er erteilte jenen eine Absage, die eine generelle Abschiebung aller sogenannter „illegaler“ Ausländer aus Österreich forderten. Ein solches Vorhaben wäre – so Weber – „moralisch nicht machbar“. Kardinal Franz König warnte am 23. Oktober 1992 eindringlich vor einer „Abkehr von einem Klima der Toleranz“ in Österreich. Die Auseinandersetzungen mit der Ausländer-Frage hätten nicht nur mit dem von der Freiheitlichen Partei ge-

planten Volksbegehren eine Wende genommen. Schon vorher habe man das „Schreckensgespenst“ einer „Überfremdung“ Österreichs an die Wand gemalt und Maßnahmen gesetzt bzw. angekündigt, „die auf eine Abschottung des Landes hinauslaufen“. Der St. Pöltener Bischof Kurt Krenn erklärte, auch er würde das Volksbegehren nicht unterschreiben, sah dahinter aber doch „beachtenswerte Zeichen von Problemen, die wir gemeinsam haben“. Zum Abschluß der Herbstkonferenz wandten sich die Bischöfe Österreichs entschieden dagegen, den Menschen, die „in größter Bedrängnis Zuflucht suchen“, unser Land zu verschließen. Abscheu äußerten die Bischöfe über die Schändung jüdischer Gräber in Eisenstadt.

In Deutschland, wo es die erschreckendsten Vorfälle fremdenfeindlicher Einstellung gegeben hat, rief der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, im November 1992 alle katholischen Christen auf, jeder stillen Zustimmung zu Aktionen der Intoleranz und Gewalttätigkeit zu entsagen und sich gegen fremden- und judenfeindliche Äußerungen in Wort und Tat zu erheben. „Wir ermuntern Sie auch, an kirchlichen Veranstaltungen und allgemeinen Kundgebungen teilzunehmen, die dem Schutz der Menschenwürde dienen“, schrieb der Oberhirte.